

HOPPALA!

- NEONAZI PROPAGANDA IN DER "GEMEINDE"!

Zunächst traut man seinen Augen nicht: Auf Seite 46 der Juli-Nummer der "Gemeinde" (siehe Faksimile) rezensiert das offizielle Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien wohlwollend das Buch "Der Vertreibungs-Holocaust. Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausendverbrechens" eines Rolf-Josef Eibrich, das in der "Verlagsgesellschaft Deutsche Stimme" veröffentlicht wurde. Der Verlag gehört der NPD und der Verfasser ist ein amtsbekannter Rechtsextremist!

Nachlässigkeit? Insensibilität? Oder: Die "GEMEINDE" ein Forum für alle?

Eingereicht unter Rezensionen von Autoren wie Doron Rabinovici, Hans-Henning Scharsach, Hubertus Czernin usw. beginnt die Buchbesprechung mit den Worten: "Nach dem 2. Weltkrieg wurden dem deutschen Volk seine nahezu 2000jährig angestammten Siedlungsgebiete gestohlen und zerstört. In dem vorliegenden Standardwerk zu den Vertreibungsverbrechen am deutschen Volk beschäftigen sich die Autoren mit der Aufarbeitung des Nachkriegsschicksals der Heimatvertriebenen...".

Zur Illustration der Rezension prangt am Ende des Textes das Titelbild des Buches auf dem, neben einem Leichenberg, Churchill, Truman und Stalin zu sehen sind.

Der gesamte Text würde eher in eine Neonazi-Zeitung passen als in das Organ der jüdischen Gemeinde und gipfelt in der Feststellung: "Die Autoren kommen zu der Erkenntnis, dass ohne ein Bekenntnis zu Ostdeutschland und Sudetenland die



Faksimile "Die Gemeinde" Juli 2000

Fortsetzung Seite 1:

stigmatisierte und kriminalisierte nationale Identität und Geschichte der Deutschen nicht wiederherstellbar ist. Die Rückgabe der deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes ist und bleibt eine gesamtdeutsche Forderung!"

Wie ist das möglich? Nun müssen die Chefredakteurin, Sonja Feiger bzw. die Mitglieder der Redaktionskommission unter der Leitung von

Georg Haber, vielleicht nicht unbedingt wissen, daß der Verlag der NPD gehört und der Autor ein Rechtsextremist ist. Aber allein beim Titel des Buches und vor allem dem sogar abgedruckten Titelbild hätten doch wohl die Alarmglocken läuten müssen!

Daß im offiziellen Organ der I.K.G. Sätze wie "Das Buch ist ein leidenschaftlicher Appell, das Vertrei-

bungsverbrechen in der Öffentlichkeit immer wieder bewusst zu machen und zu verdeutlichen, dass sich mit einem kriminellen Akt identifiziert, wer auf die Ostgebiete und das Sudetenland verzichtet" erscheinen können, ohne daß irgendeinem Mitglied der Redaktion oder der zahlreichen Mitglieder des Redaktionskomitees Bedenken kommen, ist fast nicht zu glauben.

NU hat auf die Herausgabe einer Sondernummer verzichtet und eine rasche Entschuldigung und Richtigstellung der "Gemeinde"-Redaktion bzw. von Präsident Muzicant erwartet. Statt dessen rechtfertigt sich die Redaktion lediglich, in der August-Nummer, mit dem Argument es sei der Aufdruck "Achtung! Aus der rechten Ecke" beim Belichten verloren gegangen".

Schnell reagiert hat die von Andreas Mölzer, Bundesrat John Gudenus (FPÖ) und Botschafter a.D. Johann Josef Dengler (ÖVP) herausgegebene Wiener Wochenzeitung "Zur Zeit", in der bekanntlich der Holocaust explizit geleugnet und den Juden ein Ritualmord vorgeworfen wurde. In der Ausgabe vom 11. August wird die Redaktion der Gemeinde wegen dieser Veröffentlichung gelobt: "An solch einer mutigen und objektiven Berichterstattung sollte sich so manche Rechtspublikation ein Beispiel nehmen!". Am 18. August bemerkt "Zur Zeit" u.a.: Das Buch "Der Vertreibungsholocaust" ... - zuletzt im Organ der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde ausführlich und wohlwollend beschrieben...".

Faksimile "Zur Zeit", 11.-17. August 2000, Nr. 33/00

Vertreibungsholocaust

Wiens Israelitische Kultusgemeinde zeigt keinerlei Berührungslänge

Während selbst konservative Publikationen oft davor zurückschrecken, Rezensionen von Büchern zu machen, die zeitgeschichtliche Themen nicht zeitgeistkonform behandeln, zeige „Die Gemeinde“, offizielles Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, hierbei keinerlei Berührungslänge. In ihrer Juli-Ausgabe druckte sie nämlich auf ihrer Kulturseite bei den Buchbesprechungen eine Rezension des Buches „Der Vertreibungsholocaust“ der Autoren Anne Hipp und Rolf-Josef Elbicht ab.

Letzterer ist in der BRD als nationaler Publizist sudetendeutscher Herkunft bekannt, der meist „rechte Themen“ behandelt. So schrieb er u. a. Bücher über Jörg Haider, die bundesdeutsche Rechte sowie das Vertreibungsschicksal der Ost- und Sudetendeutschen. Seine Sichtweise der Dinge ist oft konträr zum „Mainstream“. Die jüdische Zeitschrift übernahm sogar die Zusammenfassung des Werkes, die auf dem Buch-Schutzumschlag stand, und verzichtete bei der Rezension auf eine eigene Formulierung, was darauf schließen läßt, daß man voll und ganz mit der Sichtweise der Herausgeber „d'accord geht“.

Dies ist umso erstaunlicher, als das Vorwort zu diesem Buch der Schriftleiter des Eckartboten, einer nationalen Monatszeitschrift, der von linken Kreisen, etwa dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), abwechselnd als Rechtsextremist oder Nationalrevolutionär bezeichnete Helmut Müller, geschrieben hat.

Ferner erscheint das Buch in einem einschlägigen Verlag, dem Deutschen Stimme-Verlag, der im Eigentum der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)

steht, über deren Verbot zur Zeit laut nachgedacht wird.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß „Die Gemeinde“ neben das Bild des Schutzumschlages groß in Fettdruck das Wort „Holocaust“ plazierte und damit deutlich machen will, daß man diesen Begriff nicht ausschließlich für die Unmaten am eigenen Volk beansprucht.

An solch einer mutigen und objektiven Berichterstattung sollte sich so manche Rechtspublikation ein Beispiel nehmen!

Rolf Schwarz

Anne Hipp, Rolf-Josef Elbicht: Vertreibungsmord

Dilettantismus und fehlende Sensibilität!

Seit Jahr und Tag nervt die "Gemeinde". Das offizielle Organ der I.K.G. ist einerseits zum Sprachrohr des Präsidenten verkommen, wo ewig gleiche Lobeshymnen über die Errungenschaften der Gemeindeführung abgedruckt

werden. Andererseits finden sich in ihr überwiegend langweilige, von Druck- und Rechtschreibfehlern strotzende Artikel. Wirklich interessant sind nur die Hochzeits-, Geburts- und Sterbeanzeigen.

Keine Spur einer kritischen Auseinandersetzung

mit der eigenen Arbeit, nicht zu reden von Artikeln zu den zahlreichen interessanten und kontroversiellen Themen des Judentums und Israels. Das Hauptaugenmerk der Redaktion und der Gemeindeführung lag und liegt darauf, möglichst viele Jubelmeldungen über sich selber zu veröffentlichen.

Kritische Stimmen, Berichte von Andersdenkenden, selbst aus den eigenen Reihen, werden akribisch, im besten Metternich-Stil auf Systemfeindlichkeit untersucht und zumeist abgelehnt.

Nun haben jene Verantwortlichen der "Gemeinde", die sonst jedes Wort eines Gemeindegliedes auf die Goldwaage legen, das Meisterstück vollbracht ein Buch zu besprechen, das jeder halbwegs orientierte und sensible Mensch als Neonazi-Machwerk hätte erkennen müssen. Chefredakteurin der "Gemeinde" ist Sonja Feiger. Jeden nur irgendwie "verdächtigen" Artikel legt sie Präsident Muzicant zur Begutachtung und Freigabe vor.

Mitglied des Redaktionskomitees und regelmäßiger Teilnehmer der

Redaktionssitzungen ist u. a. Ernst Meir Stern, der sich dessen noch vor wenigen Tagen in seiner Zeitung "BUND" besonders gerühmt hat und mir sogar den Vorwurf machte: "Nu, Kultusvorsteher Martin Engelberg, Redaktionsmitglied von NU, ist auch Redaktionsmitglied der "GEMEINDE", blieb aber den Besprechungen seit Monaten fern".

Richtig, lieber Kultusvorsteher Ernst Meir Stern, Chefredakteur vom "BUND" und Redaktionsmitglied der "GEMEINDE"! Das stimmt und vielen Dank für die schriftliche Bestätigung, daß ich für die Peinlichkeiten der "GEMEINDE" nicht verantwortlich bin! Ich habe tatsächlich schon vor längerem erkannt, daß jeder, einschließlich Ernst Meir Stern, nur darauf achtet, seine Selbstbeweihräucherungen, unterzubringen und gleichzeitig kritische Artikel zu verhindern und daß bei der Erstellung des restlichen Inhalts jegliche Professionalität fehlt.

Der Zustand des offiziellen Organs der I.K.G. ist aber leider symptomatisch für die gesamte I.K.G. Es



herrscht überall diese gefährliche Mischung aus Dilettantismus und Insensibilität, gepaart mit Freunderlwirtschaft. Es ist hoch an der Zeit über umfassende Veränderungen in der I.K.G. inhaltlicher aber - und das soll in aller Deutlichkeit gesagt sein - auch personeller Natur, konkret nachzudenken.

Mag. Martin Engelberg

Zur Öffentlichkeitsarbeit der IKG

Soll der Präsident der IKG sich zur Politik dieses Landes äußern und soll er der einzige sein, der dies tut?

Diese Frage beantworten die Mitglieder unserer Gemeinde sehr unterschiedlich. Traditionell denkende Juden berufen

sich in der Regel auf die "Sprüche der Väter" und meinen, man solle mit den jeweils Herrschenden möglichst wenig zu tun haben. Am liebsten würden sie sehen, wenn die Kultusgemeinde sich auf religiöse Belange beschränken würde.

Nach all den furchtbaren Geschehnissen

in Österreich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sieht eine Mehrheit der Mitglieder in der IKG auch eine politische Vertretung und wünscht, daß diese würdevoll und durchdacht agiert.

Die besondere Beziehung zum einzigen jüdischen Staat auf der Welt, zum Land Israel hindert uns nicht das Land, in dem wir geboren oder aufgewachsen sind zu lieben. Jeremia sagte schon über Babylon: "Und suchet das Wohl der Stadt, dahin ich euch weggeführt habe, und betet um sie zu dem Ewigen; denn in ihrem Wohle wird euch wohl sein." Im Gegensatz zu den Juden, die damals in die Gefangenschaft geführt wurden, leben wir hier aus freien Stücken und bekennen uns zur Demokratie.

Gerade deswegen glauben viele von uns, daß man nicht das Wohl des eigenen Landes vor Augen hat, wenn man inländische Kritiker der Regierung als "Vernaderer" und ausländische als Erzeuger einer "antiösterreichischen Hysterie" abwertet. Der billige, lautstarke

"Patriotismus" der Boulevardzeitungen kann genau so wenig unsere Sache sein, wie die impliziten oder expliziten rassistischen Töne, die von dort kommen.

In Nu hat Gerhard Bronner den IKG Präsidenten zum Teil überzogen kritisiert. Und doch sollte diese Kritik dem IKG-Präsidenten zu denken geben, denn die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder gönnt ihm den Auftritt in den Medien, aber es erweckt Unbehagen wenn der Eindruck entsteht, der Auftritt erfolgt um sich selbst in Szene zu setzen und nicht um das allgemeine Wohl zu fördern.

Dr. Muzicant erklärte bei einem Bürgerparlament seine Meinung, ob man mit dieser Regierung verhandeln soll oder nicht, stündlich zu ändern. Wer aber dies tut, der sollte, bevor er sich öffentlich zu Wort meldet, doch mit dem Kultusvorstand eine Strategie und eine Taktik ausarbeiten und sich daran halten. Wer sich zu oft und sehr widersprüchlich zu Wort meldet, der wirkt nicht glaubhaft und scha-



det der Sache, die er vertreten sollte.

Glaubt Dr. Muzicant wirklich ernsthaft daß hunderte Millionen Schilling Defizit der IKG durch eine Einwanderung von Juden nach Österreich decken zu können? Wird diese Regierung, in der eine Regierungspartei jegliche Einwanderung stoppen will, ihr Programm, in dem zu Migration und Asyl lediglich die "Schaffung von europäischen Grundlagen zur Vermeidung des Asylmißbrauchs" sowie eine "klare Bejahung der Genfer Flüchtlingskonvention in der geltenden Form" und die "Unterstützung der Bestrebungen der EU zur Erlan-

gung der Bereiterklärung von Staaten, eigene Staatsbürger zurückzunehmen (Ausstellung von Heimreisezertifikaten)" erklärt ist, wirklich zustimmen, lediglich für Juden eine Ausnahme machen?

Dr. Muzicant schilderte bei einer Pressekonferenz nach den Wahlen im Herbst 1999 Dutzende antisemitische Vorfälle in Wien. Will er nun mit diesem Vorschlag suggerieren, daß seit dem diese schwarz-blaue Koalition regiert, sich die Lage radikal gebessert hat? Soll am Ende dieser Vorschlag gar nicht ernst gemeint sein und nur der Imagerettung dieser Koalition dienen, wonach ja hier doch alles in bester Ordnung sei, wenn sogar der Präsident der Kultusgemeinde die Einwanderung von Juden fordert?

Ein anderes Problem aber ist die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit der IKG. Zum Beispiel wenn ausländische Journalist/inn/en, die für wichtige Zeitungen eines EU-Landes hier arbeiten und den Präsidenten der IKG um ein Interview beten, wochenlang hingehalten werden, dann ist dies wenig professionell und hilfreich. Pressekonferenzen können Infor-

mationen bieten, die der Journalist sonst mühsam sammeln müßte. Aber zu oft sind sie reine Zeitverschwendung, weil der Veranstalter weder Neues noch Interessantes zu erzählen hat. Die von der IKG - meist ohne jede aktuelle Notwendigkeit - ad hoc einberufene Pressekonferenzen, zu der dann lediglich ein paar besonders aktive Mitglieder der IKG erscheinen, sind ein Beispiel für schlechte Öffentlichkeitsarbeit. Wenn eine Tageszeitung eine Serie ankündigt über die Auffindung von Akten über die Beraubung der Wiener Juden vor der Deportation und die Nachricht darüber bereits am Abend vor der Pressekonferenz bei den Medien und im Internet landet, dann ist das Medieninteresse im Inland an einer Pressekonferenz der IKG zu diesem Thema sehr beschränkt. Wer an solch einer Pressekonferenz teilgenommen hat, der weiß, es geht in erster Linie gar nicht darum, die Medien zu informieren, es kommt allein darauf an, in das Mikrofon bzw. die Kamera des ORF ein paar Sätze zu sprechen, aus denen dann einige Sekunden gesendet werden. Kurz gesagt, man gewinnt den Eindruck, die Öffentlichkeitsarbeit der IKG hätte nur ein Ziel, Dr. Muzicant die Mög-

lichkeit zu geben, sich in Szene zu setzen.

Als andererseits zur ungefähr der gleichen Zeit der oberösterreichische Schotterkaiser Asamer über eine mögliche Entschädigung von Zwangsarbeiter sagte: "Die Juden treiben´s noch soweit, bis sie wieder eine am Deckel kriegen". Da war aus der Seitenstettengasse keine Reaktion in der Öffentlichkeit zu vernehmen, obwohl man hätte darauf hinweisen müssen, daß die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Zwangsarbeiter in Österreich Nichtjuden sind und diese Erklärung absolut antisemitisch ist.

Es ist durchaus legitim und wichtig, Mißstände in Österreich, insbesondere wenn es um Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit geht, öffentlich anzuprangern. Doch darf nicht der Eindruck entstehen, daß es dem Präsidenten nur darum zu tun ist, in den elektronischen Medien präsent zu sein und er einerseits zu antisemitischen Angriffen schweigt, um andererseits sich durch widersprüchliche Aussagen über wesentliche Interessen der Kultusgemeinde hinwegzusetzen.

Karl Pfeifer

Gratis-Seminar für Journalisten von morgen

Für manche von euch ist Journalismus ein Traumberuf, andere wollen nur besser schreiben können.

NU bietet allen eine einmalige Gelegenheit, um das journalistische Handwerk zu erlernen:

Arbeitet bei NU mit, recherchiert Geschichten über das jüdische Leben in Österreich und die Israelitische Kultusgemeinde.

Zusammen mit mir werden andere berufserfahrene Wiener Journalisten im Rahmen eines persönlichen Journalistenseminars Themen besprechen, Recherchen vorbereiten, Texte redigieren und euch damit die Grundregeln des journalistischen Schreibens vermitteln.

Ihr müßt keinerlei Erfahrungen mitbringen, sondern nur Spaß am Schreiben und eine Portion Neugier.

Anmeldungen bei: office@nunu.at

Eric Frey, Journalist

Kommentar:

"Was die übrigen Kultusräte machen, ist mir nicht bekannt"

meinte ein Leser in der letzten Ausgabe von NU. Ich habe lange in den Statuten der IKG nachgeblättert um herauszufinden, warum wir, die Kultusvorstände der IKG, Versteck spielen müssen, während einer von uns, nämlich der Präsident, aus allen erdenklichen Schlupfwinkeln heraus seinen Kopf in die Öffentlichkeit steckt und auf

unverantwortliche Art und Weise die übrigen 23 Kultusvorstände die Verantwortung für seine berühmten Sprüche tragen läßt. Im Anschluß an Sitzungen beruhigt er uns dann immer wieder mit dem Argument "wer nichts macht, macht auch keine Fehler" oder entschuldigt sich - seinem jeweiligen "Kavaliersdelikt" entsprechend.

Eindrücke einer Newcomerin

Wie auch die anderen 23 Kultusvorstände wurde ich bei den letzten IKG-Wahlen 1998 in den Kultusrat gewählt. Schon vor der Wahl ist mir die ganze Situation sehr mysteriös und unkoscher vorgekommen. Die ganzen Packeleien zwischen verschiedenen Fraktionen, das unentwegte Tauziehen der "Mächtigen", die unbedingt, um jeden Preis, an der Macht bleiben wollten... Nun, Schwamm drüber, gehört ja auch schon zur Vergangenheit.

Kaum waren die Wahlen vorbei, boten uns, den "neuen" Kultusvorständen, unsere "alten" (Watikim)-Kollegen am Abend der Abende eine Oscar-reife Show: Die Wahl des Präsidenten der IKG. Wer dabei war, wird mir bestätigen, daß für die Wahlentscheidung nur eine einzige Stimme der 24 stimmberechtigten Kultusvorstände eine große Rolle gespielt hat. Nach zweimal unentschiedenem Ergebnis siegte der Präsident 11:13. Wem immer diese entscheidende Stimme gehörte, muß genau gewußt haben, was er tat, denn nichts geschieht in der IKG zufällig. Verdacht? Nein. Kein Verdacht, sondern eine Tatsache, eine der Tatsachen, die in der IKG tagein tagaus geschehen.

Je mehr ich mich mit der Situation in der IKG beschäftigte, umso mehr erstaunten mich die Vorgehensweisen und die Arbeitsmoral der Macht ausübenden. Ihr Motto lautet: "Die Machtlosen demotivieren". Wie ein

Stolperstein im Weg der Macht werden wir, die Machtlosen, hingeschubst, um uns zu zeigen, was für Nichtsnutze wir sind.

Der Leser wird sich wahrscheinlich fragen, von welcher Macht und Machtlosigkeit hier die Rede ist. Die Macht in der IKG ist eigentlich auch keine andere als anderswo. Man nehme 24 Kultusvorstände, "teile und herrsche". Machtlos sind natürlich die, die, so wie ich, als Einmann/frau-Fraktion mit einem Mandat im Kultusrat vertreten sind, allein gegen... Eigentlich zu meinem Bedauern, weil ich bin der Meinung, daß gerade in Zeiten wie diesen unser Motto "einer für alle" sein müßte.

Mit großem Eifer, die Ärmel hochgekrepelt, begannen 1998 viele von uns trotz aller Mißstände und "Vergangenheitsbewältigung" (der "alten" Kultusvorstände) unsere Arbeit. Soweit unser Können und unsere Erfahrung benötigt wurden, waren wir bereit, ehrenamtlich unseren Beitrag für die gemeinsame Sache zu leisten. Ich raste von einer Sitzung zur anderen, um nur ja nichts zu versäumen. Für viele Beobachter war ich schon während der Wahlen ein Phänomen. Bei einer Fraktion, deren Mitglieder georgische bzw. asiatische Juden sind, sollte eigentlich eine Frau nichts zu sagen haben, geschweige denn auch noch die Vorsitzende einer



solchen Fraktion sein, meinten einige Kultusvorstände, die angeblich Bescheid über unsere Mentalität wissen. Dazu kam noch die Erkenntnis, daß ich eine überaus große Klappe hätte.

Äußerst gefährlich erschien es einigen, als ich im August 1998 einen Artikel in der "Gemeinde" veröffentlichen wollte. Weil ich am 4. August 1998 als Protest gegen den Präsidenten die Plenarsitzung verlassen hatte, traf dieser mich am 5. August, zufällig, vor der "Gemeinde"-Redaktion und forderte vor mehreren Anwesenden die Redaktionschefin auf, meine Artikel in der "Gemeinde" ab sofort ausschließlich zensuriert zu veröffentlichen. Um meinen guten Willen zu zeigen, veröffentlichte ich einen Artikel, der ausschließlich ein Kulturbericht über das Judentum in Georgien war. Seit diesem Vorfall habe ich die Insider-Seite der "Gemeinde" nie wieder beansprucht.

Kein Stein würde auf dem anderen bleiben, warnte der Ehrenpräsident, HR Paul Grosz würde er den Mund aufmachen. Vielleicht waren es diese Worte, die das Faß zum Überlaufen brachten und meinen Geduldfaden reißen ließen. Was wissen die "alten" Kultusvorstände, das die "neuen" nie erfahren sollen? Werden all die Kündigungen des "alten" Personals, die in den letzten zwei Jahren durchgeführt wurden, die Vergangenheit vertuschen? Was geschieht eigentlich in der Gegenwart, und um wieviel ist es anders als in der Vergangenheit? Wieviele Schulden bzw. Kredite sollen wir noch aufnehmen, sei es auch zu sehr günstigen Zinsen, von denen einige zwar profitieren, die aber das IKG-Budget mit roten Zahlen überschwemmen?

Unlängst wurde ich von einem Kultusvorstand beruhigt, daß eigentlich nicht der gesamte Schuldenbetrag als Schuld anzusehen sei, wenn wir unsere Immobilien in die Waagschale legen. Immobilien. Warum auch nicht. Schließlich haben wir im Kultusrat den Profi in diesem Bereich. Bei vielen Sitzungen hat meinereins übrigens das Gefühl in einem Immobilienbüro zu sitzen. Kaum ist ein Projekt "verdaut", wird das nächste durchgesetzt. Wen schert's, wenn einige dagegen stimmen. Die Stimmenmehrheit haben die Machthaber, und so eine unbedeutende Fraktion wie die meine soll dankbar sein, daß sie bei solch wichtigen Entscheidungen, wo es oft um Millionenbeträge geht, überhaupt dabei sein darf.

Einige Kultusvorstände kichern amüsiert bei fast jeder Wortmeldung, die von mir kommt, was wohl darauf deuten soll, daß ich endlich begreifen möge, daß ich zu den Machtlosen gehöre und nichts, aber auch gar nichts, sich durchsetzen wird, das meinen Vorstellungen entspricht - es sei denn, daß es zufällig auch im Interesse der Machthaber ist. Die paar hundert russische Juden, oder, wie sie sich auch nennen, arbeitslose U-Boote, die in Wien leben - falls man das Leben nennen kann, sind doch, gut Wienerisch gesagt, "wurscht". Die sind doch ohnehin für nichts qualifiziert, außer dafür im Ghetto am Mexikoplatz ihr

täglich Brot zu verdienen. Die haben ja auch nichts anderes verdient, diese Schandflecken des Judentums.

Die Leser sollen es mir nicht übel nehmen, falls ich Politik mit Emotionen vermische. Mancher Kultusvorstand soll keinen Aufstand machen, daß es für o.g. Artgenossen Institutionen wie Esra und JBBZ gibt, oder gar ein Sephardisches Zentrum. Aber was nützt das alles dem, der über zehn Jahre lang ohne Aufenthaltsgenehmigung in Österreich lebt? Vom Argument der "österreichischen politischen Lage heute" wird mir langsam übel.

Tatsache ist, daß die IKG sich nie wirklich um die Frage der Integration gekümmert hat. Wen interessiert schon eine Sache, die keinen Profit bringt? "Wohin soll man die integrieren?", sagte einmal ein Kultusvorstand ironisch.

Bei so vielen negativen Aspekten will ich auch das Positive in Erinnerung rufen und keineswegs die "Güte" unseres Präsidenten vergessen. Als er auf billige Wohnungen für bedürftige IKG-Mitglieder angesprochen wurde, meinte er, sehr überzeugend, daß es vernünftiger sei, die Wohnungen teuer zu vermieten, um aus dem Erlös mehrere Bedürftige zu unterstützen. Sofern mir bekannt ist, fließen die Erlöse der teureren Mietwohnungen allerdings in die Tilgung der durch das Bauen entstandenen Bankschulden der IKG. Und es wird trotz aller Überschuldung weiter gebaut und umgebaut. Das nächste Bauprojekt, das voraussichtlich den Schuldenberg der IKG zu verdoppeln droht, winkt uns bereits: Praterstraße, Aspernbrückengasse, Ferdinandstraße.

Vielleicht wäre es gar nicht so schlecht, wenn wir einen zeitgemäßen Protestslogan auch für unsere Kreise ins Leben rufen: "AUFWA-CHEN!" Ein bißchen Selbstkritik hat noch keinem geschadet. Es wäre wirklich höchste Zeit, den Kurs zu ändern, gerade wegen der heutigen politischen Situation in Österreich. Man kann nicht von anderen Recht fordern, wenn man selbst im Unrecht ist. Kritik schmeckt oft bitter, aber das ist kein Grund zu eskalieren: Bei einer Sitzung der Steuerschät-

zungskommission der IKG ging ein Mitglied derselben mit einer Flasche in der Hand auf mich los, weil ich deren Arbeitsmethoden mit jenen des KGB, die ich Gott sei Dank nur aus Büchern kenne, verglich. Daß die anderen auch nicht besser sind als wir, ist auch kein Argument und schon gar keine Entschuldigung.

Auf uns schaut die Welt. Was den anderen schon zur Gewohnheit geworden ist, wird uns noch nachgetragen. Geldgier wird nur dann markant, wenn sie mit uns Juden in Zusammenhang gebracht wird. Bei keiner Religionsgemeinschaft werden in der Öffentlichkeit die Abweichungen Einzelner so verallgemeinert, wie es bei der jüdischen der Fall ist. Gerade deshalb sollte sich jeder von uns in Acht nehmen, um das nicht zu tun, was uns allen in der Gegenwart, sowie unseren Nachkommen in der Zukunft, zum Vorwurf gemacht werden.

Da fällt mir gerade eine Meinung von einem Kultusvorstand ein, der sagte, daß Antisemitismus nicht von unserem Verhalten, sondern von Vorurteilen provoziert wird, daß es sogar keiner Juden bedürfe antisemitisch sein zu wollen. Aber, lieber Kollege, gerade da liegt der springende Punkt. Dort, wo es uns nicht gibt, gibt es die Mundpropaganda durch welche eine einzige Tat verallgemeinert wird. Gegen solche Täter in unseren Kreisen sollten wir, soweit es uns möglich ist, ankämpfen - wenn es uns auch sehr schwer fällt.

Wegschauen oder "drei Affen-Verhalten" befreit keinen von uns von Schuld. Jeder muß mit seinem Gewissen leben und fertig werden. Mein Appell an alle wäre, nicht gegeneinander, sondern miteinander für jede gute und vernünftige Sache, im Dienste aller IKG-Mitglieder sowie des Judentums in der ganzen Welt, zum Wohle aller Menschen gerade zu stehen. In diesem Sinne an alle ein friedliches "Schalom"!

Eteri Oneli

Kultusvorsteherin und Vorsitzende der "Georgisch-sephardischen Liste"

Wird die Erinnerung mißbraucht?

In der letzten Ausgabe von NU haben wir Peter Novicks Buch zum Stellenwert des Holocaust in der amerikanischen Gesellschaft besprochen (The Holocaust in American Life. Houghton Mifflin, Boston/New York 1999, 373 Seiten). An Novicks These, daß die amerikani-

schen Juden den Holocaust für ihre Zwecke instrumentalisiert hätten, knüpft der amerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein an, holt aber in seinem in diesem Sommer erschienenen Essay zu einem mit persönlichen Angriffen gespickten Rundumschlag aus.

"The Holocaust-Industry" von Norman G. Finkelstein

Finkelstein, der bereits als einer der schärfsten jüdischen Kritiker von Daniel Jonah Goldhagens Buch über "Hitlers willige Vollstrecker" auf sich aufmerksam gemacht hat, unterstellt in seinem neuen Buch, daß eine international verzweigte, geradezu allmächtige "Holocaust-Industrie" die Shoa dazu ausnutze, sich selbst zu bereichern und die Politik Israels vor Kritik abzuschirmen

An den jüdischen Organisationen in den USA läßt Finkelstein kein gutes Haar. Er nennt das American Jewish Committee, den World Jewish Congress, die Anti-Defamation League, die Jewish Claims Conference, die World Jewish Restitution Organization bis zum Simon Wiesenthal Center -für ihn sind sie profitgierige Geschäftemacher, die nicht für die Überlebenden der Shoa tätig geworden wären, sondern ausschließlich zur Befriedigung ihres eigenen Strebens nach Macht und Geltung.

Wie Novick stellt auch Finkelstein im ersten Kapitel seines Buches

die Frage, warum der Holocaust in der US-Gesellschaft so lange keine Rolle gespielt habe. In diesem Zusammenhang wirft er den jüdischen Organisationen vor, zum Ziel der Assimilation und dem Drang nach Macht nach dem Zweiten Weltkrieg die offizielle US-Politik gegenüber Deutschland unterstützt zu haben. Weiters hätte der Kalte Krieg dazu beigetragen, daß sich jüdische Organisationen wie das American Jewish Committee und die Anti-Defamation League aus purem Opportunismus sehr aktiv an der Hexenjagd der McCarthy-Ära beteiligt hätten. Die Furcht der jüdischen mainstream-Organisationen davor, mit der politischen Linken im In- und Ausland in Verbindung gebracht zu werden, soll soweit geführt haben, daß jüdische Funktionäre sogar rechtsextreme Vereine unterstützt hätten und die Augen zugedrückt hätten, als ehemalige SS-Leute in den USA Unterschlupf fanden, behauptet Finkelstein.

Als Wendepunkt sieht Finkelstein wie Novick den Sechs-Tage Krieg

von 1967. Er sei dazu benutzt worden, um die amerikanische Gesellschaft auf den Kurs einer unbedingten Gefolgschaft mit Israel einzuschwören. Als Grund für dieses Einstimmen auf die israelische Politik und Militärdoktrin sieht Finkelstein die Angst jüdischer Funktionäre in den USA, daß sich der Holocaust wiederholen könnte - nur dieses Mal nicht in Europa, sondern im Nahen Osten. Um das zu verhindern, hätten die Verantwortlichen beschlossen, das Thema Holocaust in der amerikanischen Erinnerungskultur zu verankern.

Im zweiten Kapitel, das er "Schwindler, dubiose Verkäufer und die Geschichte" nennt, übt Finkelstein massive Kritik an den Schöpfern einer "Holocaust-Ideologie", die den Blick auf das wahre Geschehen unkenntlich machten. Im Mittelpunkt dieser Ideologie stünden zwei Thesen: Die Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit des jüdischen Leidens, die Finkelstein zurückweist und die These, daß der Holocaust die Konsequenz eines

irrationalen, ewigen Judenhasses in der Geschichte gewesen sei. Dadurch hätte man behaupten können, daß die Juden ständig bedroht seien und deshalb besondere Rechte beanspruchen könnten.

Als Drahtzieher der "Holocaust-Ideologen" nennt Finkelstein Eli Wiesel. Wiesel, für den der Holocaust geradezu eine Religion sei, verlange 25.000 Dollar pro Vortrag, weiters einen Wagen mit Chauffeur, nur um dann zu erzählen, daß man über den Holocaust nicht sprechen könne, da er unkommunizierbar sei. Finkelstein nennt Wiesel einen "Hohepriester der Gedenkkultur" und füllt mehrere Seiten mit persönlichen Attacken gegen den Nobelpreisträger.

Nachdem Jerzy Kosinskis und Benjamin Wilkomirskis Lebenserinnerungen als Fälschungen in Grund und Boden verdammt werden, konzentrieren sich Finkelsteins Angriffe einmal mehr auf Jonah Goldhagen. Er sei ein Betrüger und kein Wissenschaftler, das Buch "Hitlers willige Vollstrecker" wäre ohne die Vermarktungsstrategie der "Holocaust-Ideologen" nie entstanden, wie viele andere Produkte der "Holocaust-Industrie", schreibt Finkelstein.

In Kapitel drei geht Finkelstein zum Generalangriff in Sachen Entschädigungen über. Die jüdischen Organisationen hätten die Zahl der Überlebenden zu hoch genannt, um mehr Geld zu bekommen und außerdem große Teile der deutschen Wiedergutmachungszahlungen, die seit Beginn der fünfziger Jahre geleistet wurden, für andere Zwecke des jüdischen Aufbaus verwendet. Nur etwa fünfzehn Prozent der Gesamtleistungen seien jüdischen Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung zugute gekommen. Kam die Wiedergutmachung den Überlebenden zugute? Der Autor behauptet nein. Nur einen Bruchteil hätten die Opfer erhalten, der Rest sei an jüdische Organisationen und an Israel gegangen. Hier dient ihm die Geschichte seiner Familie als Beleg. Seine Mutter, die wie sein Vater das Warschauer Ghetto und später verschiedene Konzentrationslager überlebt hatte, bekam nur 3.500 Dollar.

Man fühlt sich bei der Lektüre oft an antisemitische Klischees von der jüdischen Weltverschwörung erinnert. Und jubelnde Zustimmung bekommt Finkelstein tatsächlich von der rechtsextremen Szene. Die National-Zeitung feierte ihn auf zwei Seiten als jüdischen

Kronzeugen gegen die "Holocaust-Mafia". Doch Beifall von der falschen Seite schreckt den an der New York University lehrenden Politikwissenschaftler nicht. Vieles von dem, was Finkelstein schreibt, wurde schon gesagt, neu ist dagegen die radikale Sprache, neu sind die gebündelten Angriffe auf Personen oder Organisationen, deren beeindruckenden Verdienste und Leistungen er aber verschweigt. Finkelstein will provozieren.

In den USA aber auch in Deutschland hat Finkelsteins Essay eine heftige Debatte ausgelöst. In deutschen Zeitungen finden seit Wochen Diskurse über den Text statt. Ist Finkelstein ein irrer Provokateur? Warum veröffentlicht er haarsträubende Thesen? Steckt nicht tatsächlich ein Körnchen Wahrheit in seinen Anschuldigungen?

In Österreich sind Diskussionen zum Thema bisher ausgeblieben. Wir würden gerne ihre Meinung hören.

Norman G. Finkelstein: The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering. Verso Books, New York 2000. 150 Seiten, 23 Dollar

Rosa Grünwald



Attacke:

"Zur Zeit" gegen einen "jüdischen Journalisten"

In der von Botschafter Johann Josef Dengler (ÖVP), Bundesrat John Gudenus (FPÖ) und Andreas Mölzer herausgegebenen Wiener Wochenzeitung "Zur Zeit" 2. - 8. Juni 2000, Nr. 23/00 veröffentlichte Erwin Steinberger unter dem Titel "NS-Verbotsgesetz: Die Hetze gegen einen

Wissenschaftler forderte ein Opfer / Tödlicher Tugendterror" einen Artikel, in dem er dem "jüdischen Journalisten Karl Pfeifer", zum Vorwurf machte, als "Teil einer Jagdgesellschaft" "eine Menschenhatz eröffnet" zu haben, "die in der Folge bis zum Tod des Gehetzten gehen sollte".

Heftige Angriffe nach Selbstmord

Mehr noch: dem Artikel ist explizit die Gegenüberstellung des "jüdischen Journalisten Karl Pfeifer" mit dem "aus dem katholischen Umfeld kommenden" und "ÖVP-nahen" Werner Pfeifenberger zu entnehmen. Steinberger schrieb auch: "Der Glaube, daß ein Mitarbeiter der israelitischen Kultusgemeinde aber von einem österreichischen Gericht in einer solchen Causa verurteilt werden würde - es handelt sich um ein Privatklage-Strafverfahren -, erwies sich als Illusion."

Karl Pfeifer hatte 1995 in der "Gemeinde" seine Rezension unter dem Titel "(Neo)Nazi-Töne im Freiheitlichen Jahrbuch 1995" veröffentlicht und sich mit Pfeifenbergers darin erschienenem Elaborat kritisch auseinandergesetzt und wurde deswegen von Pfeifenberger geklagt.

Am 26. Juni 2000 hätte Pfeifenberger wegen seinem im Freiheitlichen Jahrbuch 1995 veröffentlichten Artikel vor einem Wiener Geschworenengericht erscheinen müssen. Am 13. Mai 2000 hatte Pfeifenberger im

Land Salzburg seinem Leben ein Ende gesetzt.

In "Zur Zeit" erschien 1997 ein Artikel in dem Robert Prantner Juden beschuldigte einen Ritualmord begangen zu haben und 1999 ein Artikel von Hans Gamlich, der explizit den Holocaust leugnete. Ein Verfahren deswegen gegen Andreas Mölzer, Chefredakteur von "Zur Zeit" wurde mit der Begründung eingestellt, es könne ihm nicht nachgewiesen werden, dass er den inkriminierten Artikel gelesen hat.

Die Redaktion der Zeitung NU wünscht allen ihren Lesern, Freunden und Bekannten ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr.

Keine Unterstützung der IKG

Unser Mitarbeiter Viktor Hochwalden befragte Karl Pfeifer.

Nu: Sie sind doch schon fünf Jahre pensioniert. Weshalb also wurden Sie von "Zur Zeit" derartig angegriffen?

K.P.: In der Februarausgabe 1995 - als ich noch Redakteur der "Gemeinde" war - veröffentlichte ich eine kritische Rezension über das Freiheitliche Jahrbuch 1995, in dem Pfeifenbergers langer Artikel erschien. Pfeifenberger, der u.a. von einer jüdischen "Kriegsdrohung" gegen die Deutschen im März 1933 schrieb, klagte und verlor alle gegen mich angestregten Prozesse. Dieser Artikel in "Zur Zeit", in dem ich an erster Stelle steckbriefartig abgebildet werde, hat mich wirklich schockiert, zumal mein in der "Gemeinde" veröffentlichter Artikel zu 70% aus Zitaten bestand und mir unabhängige österreichische Gerichte bestätigten, Pfeifenberger korrekt zitiert zu haben.

Nu: Was glauben Sie bezweckt die von Andreas Mölzer, Bundesrat John Gudenus (FPÖ) und Botschafter a.D. Johann Josef Dengler (ÖVP) herausgegebene Wochenzeitung mit einem derartigen Artikel?

K.P.: Sie wollen mit Opfer-Täter Umkehr kritische Journalisten und Wissenschaftler einschüchtern und mundtot machen. Anscheinend ein Teil des von dieser Regierung versprochenen neuen Stils.

Nu: Wie haben Sie darauf reagiert?

K.P.: Ich wandte mich schriftlich an die beiden Organisationen, deren Mitglied ich bin, an die IKG und an die Journalistengewerkschaft und bat um Hilfe. Die Sektion Journalisten des ÖGB übernahm meinen Rechtsschutz.

Nu: Und wie hat die IKG reagiert?

K.P.: Überhaupt nicht, obwohl auch sie in dem Artikel angegriffen wurde. Auf zwei an Dr. Muzicant gerichtete Schreiben bekam ich keine Antwort.

Nu: Wieso eigentlich nicht?

K.P.: Ich kann den Grund nur vermuten. Ende Februar 2000 erhielt ich von Amtsdirektor Dr. Hodik einen Brief, in dem ich beschuldigt wurde, ich würde mich immer wieder als Redakteur der "Gemeinde" ausgeben. Auf meine Fragen, wann und wo ich das getan haben sollte, erhielt

ich erst einmal keine Antwort. Monate später aber staunte der Amtsdirektor in einem Brief, daß ich mich gegen seine "Pflichtübung" verwahre. Das Gebot "Du sollst nicht zeugen wider deinen Nächsten als falscher Zeuge" hat anscheinend für ihn weniger Bedeutung als die "Pflichterfüllung" gegenüber seinen Vorgesetzten. Wahrscheinlich bin ich nicht das einzige Mitglied der IKG, das so behandelt wird. Das nicht Beantworten von Briefen gehört in der IKG anscheinend zum guten Ton.

Nu: Aber Dr. Muzicant postuliert doch häufig seine antifaschistische Haltung, weshalb also keine Solidarität mit Ihnen?

K.P. Diese Frage sollte man an Dr. Muzicant richten.

Leserbrief:

IKG-online

Nach fast neunmonatiger "Schwangerschaft" war es soweit: Die IKG ging online.

Eine komplizierte Ausschreibung wurde zu Ende geführt, Ränke geschmiedet, eine Firma ausgeschieden, nur weil diese nicht in Wien ihren Sitz hat.

(Schon mal etwas von EU-Recht gehört?)

Die Website der IKG, die um die 540.000 Alpendollar gekostet hat, ist wunderschön.

Ein kleiner Schönheitsfehler bleibt indes: Es sind kaum Inhalte auszumachen.

Nicht einmal die sagenumworbene Zeitung "DIE GEMEINDE" findet sich im Netz.

Der erste Diskutant im Diskussionsforum wies auf einige Mängel in der Website hin.

Die "Webmasterin" beschied ihn, Geduld zu haben. Es ist wie bei einem Kind das sich weiterentwickeln muss, meinte diese sinngemäß. Ein Kind schon, ein weggelegtes vielleicht.

Die Immobiliendatenbank der IKG, umrahmt von APA-Meldungen, die der schwarzbauen

Regierung einiger-massen wohlwollend gegenüberstehen, nur kurz unterbrochen von Presseaus-sendungen, die die IKG für teures Geld plaziert (Preisliste auf Anfrage bei NUNU).

Wäre ein(e) IKG-Pressesprecher(in) nicht langfristig billiger?

Da gab es ja eine Ausschreibung, wie endete diese eigentlich?

Ist die IKG eine Immobilienfirma und Aussenstelle von Bundespressedienst, mit kurzen hellen Augenblicken ihres Präsidenten Ariel Muzicant?

Die jüdische Gemeinde in Wien wirkt ziemlich OFFLINE, hat sich im Cyberspace noch gar nicht zurechtgefunden.

Euer Jewish Internet Scout

Samuel Laster



Letzte Meldungen:

In der Sitzung des Kultusvorstandes vom 5. September 2000 erklärte Präsident Dr. Muzicant, daß der erste Budgetentwurf für das Jahr 2001 wieder ein neues Rekorddefizit erwarten läßt.

Bereits der Voranschlag sieht einen Abgang von 52 Mio. vor, der üblicherweise im Laufe des Jahres noch überschritten wird. Bis zum Jahre 1998 (Wahl von Dr. Muzicant zum Präsidenten) hatten die jährlichen Defizite der I.K.G. 10 - 15 Mio. betragen.

Nachdem auch die Planung für das darauffolgende Jahr 2002 ein unverändert hohes Defizit aufweist, ist zu erwarten,

daß sich die Schulden der I.K.G. in den nächsten Jahren gefährlich der 1 Milliarden Schilling-Grenze nähern werden.

Infolge von Differenzen mit der "Claims Conference" hat sich Präsident Muzicant entschlossen hinkünftig eine eigene Offensive im Rahmen der Restitutionsverhandlungen mit der Republik Österreich zu starten. Die Mandatare von "Atid", "Sephardischer Liste", "Bund" und "Misrachi" genehmigen dem Präsidenten dafür - vorerst einmal - ein Budget von **5 Millionen** für Rechtsberatungskosten, Reisespesen usw.



Homepage, sweet homepage

WWW ist nicht mehr nur ein Synonym für Websites, sondern im Sinne von dreimal Weh gerufen, wohl auch das Motto der Homepage der IKG. Während das Medium sonst als bunte, bewegte, oft lustige Möglichkeit gesehen wird, sich zu präsentieren, kommt

die Startseite der Kultusgemeinde düster, fast unheimlich daher. Sie erinnert in ihrer Anmutung an die Gestaltung von dramatischen Computerspielen, bei denen der Kampf mit schrecklichen Monstern auf den Mutigen harrt.

"under construction"

"Die Geschichte der Juden, speziell der jüdischen Gemeinde in Wien gibt zweifelsohne Anlass, nachdenklich und ernsthaft an bestimmten Stellen zu sein", hat mir ein Freund, dessen Meinung ich eingeholt habe, geschrieben, "aber insgesamt, sollte die Ausstrahlung der Seite eine klarere und freundlichere sein". Eine nach vorne gerichtete, mit Optimismus in die Zukunft strebende Gemeinde wird jedenfalls mit dieser Gestaltung nicht signalisiert.

Gelobt wird von allen, die ich befragt habe, die Technik der Seite. Links, Chatroom und restricted area für Mitglieder, vieles ist genutzt, wenn auch die erzeugte Neugierde beim Anklicken nicht immer belohnt wird. Beim Thema "Ausstellungen" fanden sich Ende Juli drei Empfehlungen für Veranstaltungen, die zu diesem Zeitpunkt bereits beendet waren und vier weitere ohne Datumsangabe. Auch bei den empfohlenen Filmen waren vier von fünf bereits gelaufen.

Ein Spaß für Eingeweihte ist die prominente Platzierung eines Buttons mit der Aufschrift "Immobilien". Wer sich hier Informationen über die Tätigkeit des Präsidenten der Kultusgemeinde erhofft (oder ist doch etwas anderes geplant?), wird allerdings enttäuscht. Denn bei dem kleinen, fleißig schaufelnden Männchen, das unter dem Hinweis "under construction" auftaucht, scheint es sich doch eher um einen einfachen Bauarbeiter zu handeln. Man darf gespannt sein, welchen Inhalt die Gemeinde hier an erster und damit prominentester Stelle ihrer Homepage vorbereitet.

Ende August hatte der Kollege mit der Kramp´n dann überhaupt Hochsaison. Nicht nur bei Immobilien, sondern auch beim Ansteuern der Bereiche "News" und "Events" schaufelte er bemüht. Der Hinweis dort lautete "back soon" und hat sich vermutlich auf den, baldige Rückkehr versprechenden Vorarbeiter bezogen, der nur kurz einmal



auf ein Bier gegangen ist. Informationen über Neues oder über Veranstaltungen hatte er leider nicht hinterlassen.

Insgesamt kann die elektronische Image-Broschüre jedoch durchaus gefallen und "trägt", wie ein anderer, wohlwollender Kritiker mir schrieb "sicher dazu bei, dass der Informationsstand über die Gemeinde gehoben wird".

Mag. Peter Menasse

Kontrollkommission:

GLEICHGESCHALTET

In der Sitzung des Kultusvorstandes vom 6. Juni 2000 wurde die Kontrollkommission der I.K.G. neu besetzt, sodaß nunmehr 4 der 6 Mitglieder dem Präsidenten Dr. Muzicant als Parteiangehörige (ATID) oder Koalitionäre nahe-

stehen. Die neue Kontrollkommission hat sich sogleich ein neues, internes Statut gegeben, welches dem Präsidenten bzw. dem Präsidium eine bessere Kontrolle über die Kontrollkommission bietet.

Kontrolle ohne Zeugen

Die Kontrollkommission der I.K.G. war seit den letzten Wahlen 1998 mit I. Bessler, Mag. Engelberg (Vorsitz), Mag. Fastenbauer, Dr. Nittenberg und Dr. Rubin besetzt gewesen, die auch den umfangreichen Bericht über die Mißstände im Maimonides-Zentrum erstellt hatten.

Die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission stellten sich im Mai 2000 en bloc der Wiederwahl, erhielten jedoch

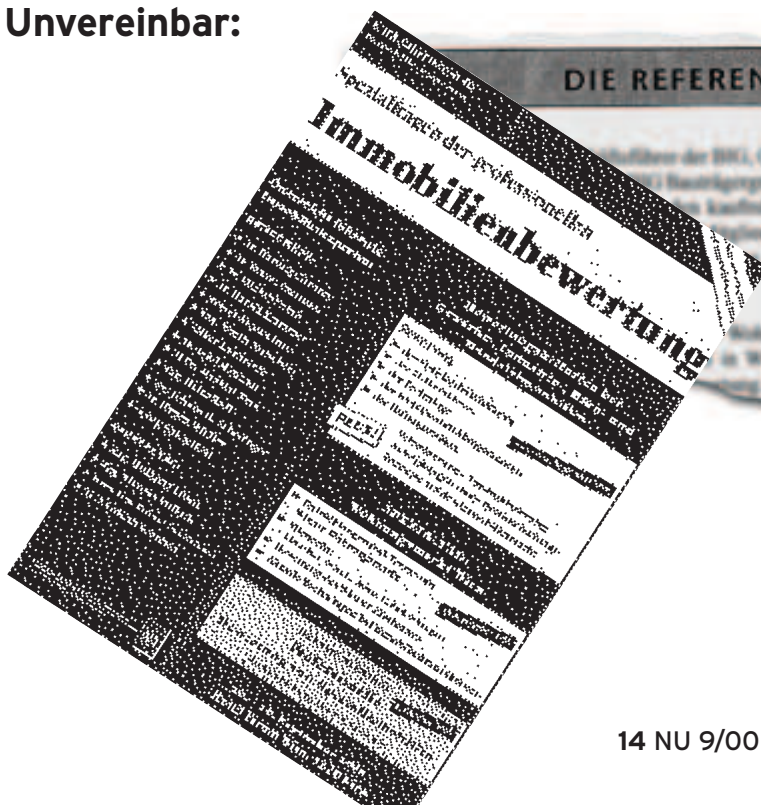
keine Mehrheit mehr im Kultusvorstand.

Besonderen Widerspruch erregte auch die Entscheidung der Fraktion ATID, mit Unterstützung der Mandatare der "Bucharischen Liste", des "Bundes" und der "Misrachi", ihren Kultusvorsteher Daniel Fuchs in die Kontrollkommission zu entsenden. Dieser war oder ist bis heute Gesellschafter oder Mitarbeiter der Fa. MUL-T-LOCK,

deren umfangreiche Geschäfte mit der I.K.G. Gegenstand einer Überprüfung sein sollten.

Die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission richteten in der Sitzung des Kultusvorstandes vom 5. September 2000, in dieser Sache, eine Interpellation (Anfrage) an Präsident Dr. Muzicant (siehe Kasten). Die vorgesehene Beantwortung der Interpellation durch den Präsidenten erfolgte nicht.

Unvereinbar:



DIE REFERENTEN STELLEN SICH VOR

Bandenführung sowie Vizepräsident des ÖVI, Lehrbeauftragter der TU Wien sowie allg. beord. gerichtl. SV für Liegenschaftswesen.

Dr. Ariel Muzicant: Eigentümer und Geschäftsführer der Firma Columbus Immobilien. Seit 1994 Mitglied der internationalen Colliers-Gruppe. Colliers-Columbus betreut die Bereiche Einzelhandelsgeschäfte, Industrie-, Anlagen- und Betriebsobjekte, Zinshäuser, Büros und den privaten Sektor. Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.

INTERPELLATION

(gemäß §20 der Geschäftsordnung)

1.
In der Ausgabe der "Gemeinde" vom August 2000 wird ein neues, internes Statut der Kontrollkommission veröffentlicht. Dieses widerspricht jedoch in wesentlichen Punkten Inhalt und Geist der Geschäftsordnung der I.K.G. und zwar:

Der grundlegende Gedanke einer Kontrollkommission ist es für den Kultusvorstand die Tätigkeit der I.K.G. und deren Funktionäre zu prüfen. Es widerspricht daher diesem Gedanken wenn die Kontrollkommission nunmehr:

- verpflichtet ist dem Präsidium eine Prüfung mitzuteilen,
- die Berichte vor der Veröffentlichung im Kultusvorstand dem Präsidenten zur Kenntnis zu bringen hat und
- die Mitglieder der Kontrollkommission zur Durchführung ihrer Tätigkeit einen Legitimationsbrief des Präsidenten benötigen.

Nachdem es dem Präsidenten der I.K.G. obliegt die statuten- und ordnungsgemäße Beschlußfassung innerhalb der I.K.G. zu überwachen, fragen wir an, ob der Präsident die Korrektur des neuen Statutes der Kontrollkommission bereits angeordnet hat, bzw. anordnen wird?

2.
Neues Mitglied der Kontrollkommission ist Kultusvorsteher Daniel Fuchs (Fraktion ATID). Dieser war bis vor kurzem, oder ist noch immer, Teilhaber bzw. Mitarbeiter der Fa. MULTLOCK welche umfangreiche Geschäfte mit der I.K.G. machte und macht, deren Prüfung noch von der vorherigen Kontrollkommission beschlossen wurde.

Wie wird der Präsident sicherstellen, daß diese Prüfung tatsächlich stattfindet und wie ist die Prüfung der Geschäfte des KV Fuchs mit der I.K.G. durch ihn selber, als Mitglied der Kontrollkommission, vorgesehen?

Wie wird weiters sichergestellt, daß die neu gewählte Kontrollkommission diesen Fragen nachgehen wird, zumal 4 der 6 Mitglieder dem Präsidenten, bzw. dem KV Fuchs als Parteikollegen, bzw. Koalitionäre nahestehen?

3.
Das Budget der Kontrollkommission soll 300.000,- betragen. Tatsache ist, daß die I.K.G. und alle ihre Anstalten, seit je her nur einer formellen, nicht aber einer materiellen Prüfung des Jahresabschlusses unter-

zogen wurden und werden. So hält der Buchprüfer alljährlich fest: "Aufgabe der Prüfung ist die formale Beurteilung des Rechnungswesens ohne jede materielle Prüfungshandlung". Weiters: "Die Nebenbuchhaltungen, Vereine und verbundenen Unternehmungen wurden auftragsgemäß nicht in die formale Prüfung einbezogen".

Tatsächlich wäre, bei einem Konzern wie es die I.K.G. nun einmal geworden ist, eine Jahresabschlußprüfung - wie bei großen Ges.m.b.H.'s oder AG's, unbedingt erforderlich.

Diese Aufgabe kann von den Mitgliedern der Kontrollkommission gar nicht übernommen werden und überstiegen die Kosten wesentlich den Rahmen von 300.000,-

Wie wird der Präsident der I.K.G. sicherstellen, daß die Bücher der I.K.G. und aller ihrer zugehörigen Firmen, Vereine, Stiftungen etc. ordnungsgemäß und tatsächlich (also nicht nur wie bisher lediglich in "formeller" Hinsicht) geprüft werden?

KV Igo Bessler
KV Mag. Martin Engelberg
KV Mag. Raimund Fastenbauer
Dr. Joanna Nittenberg
KV Dr. Ludwig Rubin

Besorgniserregend

wenn wichtige I.K.G. Funktionäre nicht zwischen
„BRUTTO und NETTO“ unterscheiden können

Präs. Muzicant, „ATID“ Mai 2000

IN EIGENER SACHE

AUS DEM BÜRO DES PRÄSIDENTEN

Massives Investitionsprogramm zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit

67 Millionen der Einnahmen sind Erträge aus unseren Immobilien. Diese erfolgreiche Entwicklung war durch ein massives Investitionsprogramm möglich, bei dem ca. 1 Milliarde investiert wurde (510 Millionen mußten als Eigenmitteldarlehen aufgenommen werden, der Rest aus öffentlichen Förderungen und aus eigenen Vermögensumschichtungen). Das Ziel dieses Investitionsprogrammes war es, die Schulden innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren aus den Einnahmen zurückzuführen und die IKG wirtschaftlich unabhängig zu machen. Die Projekte verliefen alle sehr erfolgreich, von etwa vierzig ist lediglich ein einziges (Aspernbrückens) ein vergleichsweise geringer Erfolg. Die Immobilien erwirtschafteten, bei einem Vermietungsstand von 95%, Renditen von 9% und mehr!

Leider sind die jährlichen Zinsen...
auf die Ursachen dafür...
2000 auch in der „Die Gemein...“
Während die Besiedelung...
von einer so kleinen Gemein...

100 000 000

NETTO?

Juni 2000

Lieber Erwin Javor,

Deine Kritik im Artikel „Macht braucht Kontrolle“ erstaunt mich. Du kritisierst die Immobilienbewirtschaftung der IKG ebenso heftig wie unberechtigt: Immobilien scheinen nicht Deine Stärke zu sein. Der Wert einer Immobilie ermittelt durch Nettoerträge (indem man die Erträge über 67 Jahre auf 2000 Mio. ATS) durch einen Renditekoeffizienten dividiert. Immobilienexperten beziffern den je nach Alter der Häuser und dem Reparaturstand bei durchschnittlich 5% ergibt das einen Wert von 1.340.000.000,- ATS. Logisch?



JUDITH ADLER

In der Folge wird der Bestbieter bestimmt und erhält den Auftrag. Jede befähigte Firma hat die Möglichkeit mitzubieten. Die Namen und Adressen der Firmen werden von bezahlten und ehrenamtlichen Mitarbeitern bekanntgegeben bzw. arbeitet die IKG schon seit vielen Jahren mit den gleichen, ausgezeichneten Professionsisten. Jeder weiss das, Erwin, nur Du nicht: Da gibt es keine Ausnahme, keine Kniffs, keine Tricks und keine Lieferant mit einem Auftrag über 15.000,- ATS muss sich dieser Prozedur unterziehen. Vor einigen Jahren hat der Kultusrat übrigens beschlossen, dass „jüdischen Firmen“ bei gleichem Preis der Vorzug gegeben werden soll. Du solltest es offen sagen, Erwin, wenn Du willst, dass nur jene IKG-Mitglieder die den Teil bekommen sollen, die nicht erfroren sind. IKG

Wahr ist viel mehr...

„Die Gemeinde“ Juni 2000

Die „HARTEN FAKTEN“:

10.
Der Präsident unterrichtet den Kultusvorstand von der Tatsache, daß lt. interner Schätzung die im Besitz der Kultusgemeinde befindlichen Liegenschaften – aufgliedert in fünf Kategorien und ohne die der Hoheit zuzurechnenden Gebäude und Grundstücke – einen Wert von ca. S 1,6 Mrd. repräsentieren. Da seitens der Kultusvorsteher kein Antrag gestellt wird, eine Verifizierung der Schätzung durch gerichtlich beeidete Sachverständige in Auftrag zu geben, habe er von einer solchen im Hinblick auf damit verbundenen Ausgaben in der Höhe von ursprünglich 5 –7 Mio., nach intensiven Verhandlungen S 1,5 – 2 Mio., Abstand genommen.
Zur Kenntnis genommen.

Protokoll der Sitzung des Kultusvorstandes, 29.6.2000

ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE WIEN

Herzog/09.02.00/17:45

Vorläufiger PLAN / IST VERGLEICH Dezember 1999

8) GEBÄUDEVERWALTUNG / TECHNISCHE ABTEILUNG			
Tsd. ÖS	12	Plan	Ist
		Jän - Dez	Jän - Dez
ERTRÄGE:			
Erträge		58.900	63.816
Zuwendungen öffentl. Hand			
Spenden		0	0
SUMME ERTRÄGE		58.900	63.816
ALLGEMEINER AUFWAND:			
Personalkosten		1.852	1.845
Betriebs- u. Verwaltungskosten		1.457	2.569
SPEZIFISCHER AUFWAND:			
Reparaturen aus HMZ (incl. AM Betrieb)		8.910	12.371
Reparaturen für verpachtete Objekte		0	0
Betriebskosten auf Leerstellungen		1.500	1.723
Kosten d. Bestandsheimachung		1.000	657
Div. Aufwendungen (GV (Inserate etc.)		500	409
Zinsaufwand		12.600	13.407
		0	0
		0	0
		0	0
		0	0
		0	0
SUMME AUFWAND		27.819	30.991
ERTRÄGE - AUFWAND		31.081	32.824
Abschreibungen f. Projekte (Wohnheim)		10.713	10.713
Kalkulatorische Abschreibung auf BGA		42	42
BEREICHSERFOLG		20.326	20.078

Wert der
Liegenschaften: ca. 1,6 Mrd.

Erträge: 63,8 Mio.

Gewinn: 20,0 Mio.

Bruttorendite: 3,99% p.a.

Nettorendite: 1,25% p.a.

NETTO!

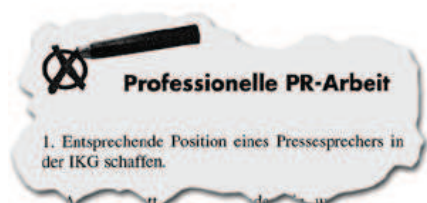
Versprochen! Gehalten?

In der I.K.G. werden gerne tolle Projekte angekündigt. Die Zahl der unerfüllten Versprechen steigt jedoch ähnlich dramatisch wie unsere Schulden. NU hat

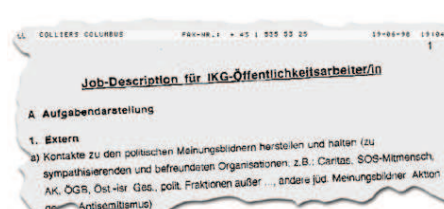
sich die Arbeit gemacht und nachrecherchiert. Im folgenden der 1. Teil der neuen Serie:

Was wurde eigentlich aus dem/der Pressesprecherin?

Faksimile (Atid, Jahrgang 2, Nr. 2, Jänner 98):



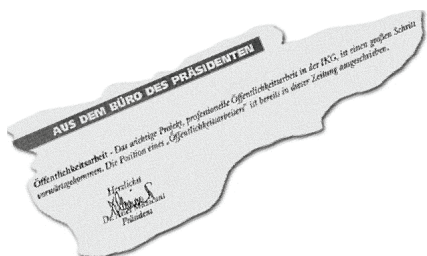
Faksimile (Job-Description, 19.6.1998):



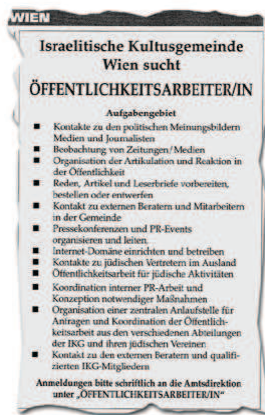
Faksimile (Brief Dr. Hodik, 14.7.1998):



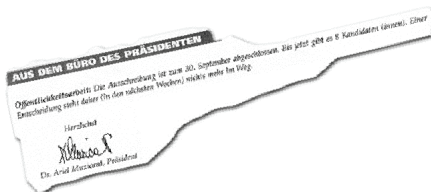
Faksimile ("Die Gemeinde", August 1998):



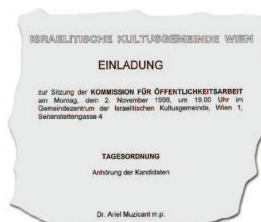
Inserat: Israelitische Kultusgemeinde Wien sucht Öffentlichkeitsarbeiter/in ("Die Gemeinde", August 1998)



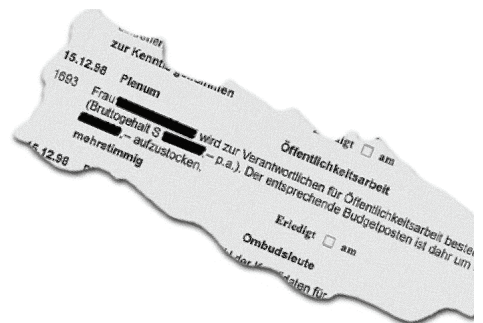
Faksimile ("Die Gemeinde", Oktober 1998):



Faksimile (Einladung zur Sitzung der Kommission f. Öffentlichkeitsarbeit, 2.11.1998):



Faksimile (Beschlüsse des Kultusvorstandes, 15.12.1998):



Danach verliert sich die Spur jedoch plötzlich im Nichts.

In der Sitzung des Kultusvorstandes vom 4. März 1999 erklärt Präsident Dr. Muzicant auf Anfrage (wird nicht protokolliert), daß er die Anstellung einer Pressesprecherin, bzw. Öffentlichkeitsarbeiterin, nicht für nötig hält. Dies unter anderem aus budgetären Gründen. Im Dezember 1998 und im Februar 2000 werden jedoch, aus dem Budgetkapitel Öffentlichkeitsarbeit, zusätzliche Mitarbeiter für das Sekretariat des Präsidenten, bzw. Gehaltserhöhungen für bereits dort tätige beschlossen.

In der "Gemeinde" findet sich seit der Ausgabe vom Oktober 1998 (siehe oben) keine Erwähnung mehr zu diesem Thema.

(Teil 2.)

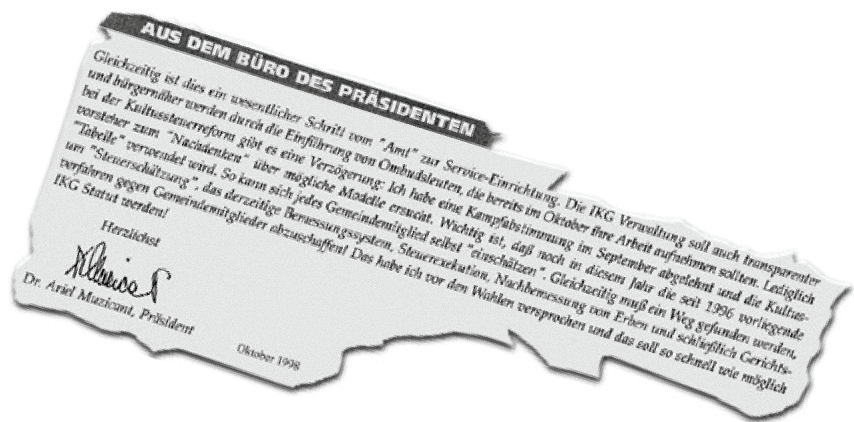
Versprochen! Gehalten?

Was wurde eigentlich aus "Nie wieder Kultussteuer-Pfändungen"?

Faksimile (ATID, Jahrgang 2, Nr. 4, Jänner 98):

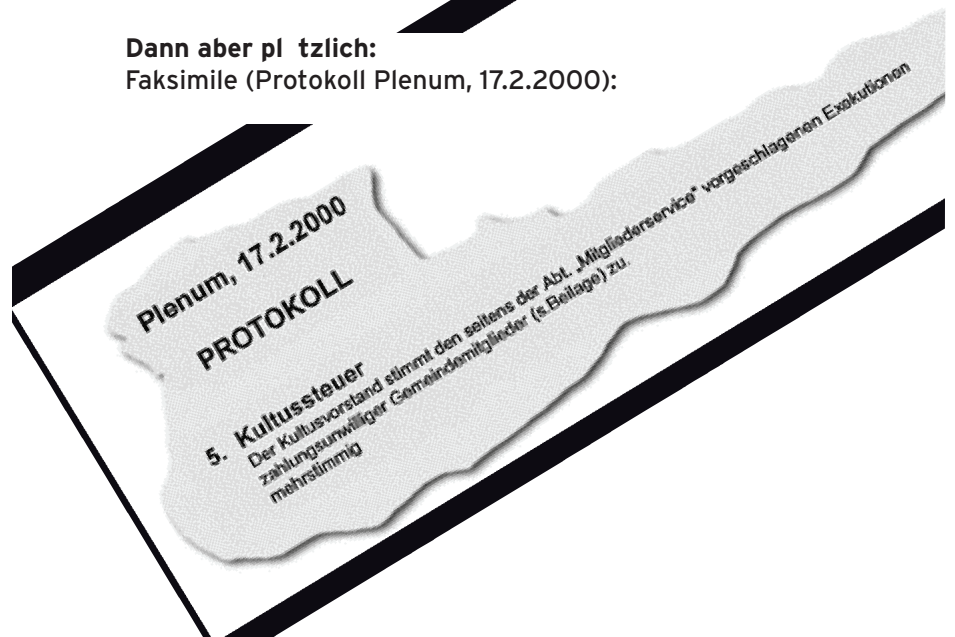
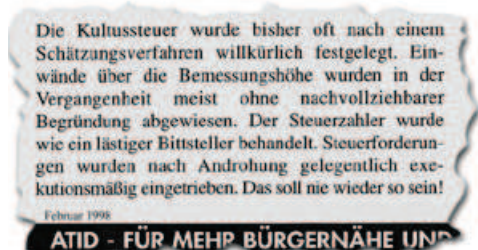


Faksimile ("Die Gemeinde", Oktober 1998):



Dann aber plötzlich:
Faksimile (Protokoll Plenum, 17.2.2000):

Faksimile (ATID, Jahrgang 2, Nr. 6, Februar 98):



Leserbrief:

Oh, Ernstl,

was ist aus Dir und Deinem "Bund" geworden? Wer sind die, die heute die Nachfolge von Persönlichkeiten wie Frau Dr. Kohn-Feuermann oder Herrn Präsidenten Pick übernommen haben? Nicht einmal Eingeweihte und Insider kennen Eure Namen.

Und doch: Ihr seid existent! Wenn auch nur durch Euer - mit der ATID - koordiniertes (böse Zungen, würden meinen: opportunistisches) Abstimmungsverhalten im Kultusrat.

Und nicht zuletzt durch Eure Blättchen. Wie wurde das Team von "NU" darin bezeichnet: "populistisch"! Weißt Du denn nicht, Oh Ernstl, daß mit populistisch vor allem und hauptsächlich die von uns allen nicht geschätzte FPÖ bezeichnet wird? Und willst Du allen Ernstes, Oh Ernstl, alles in einen Topf werfen?

Womit hat sich das NU verdient? Hat man sich der verbotenen Kritik schuldig gemacht? Wird man der Majestätsbeleidigung geziehen? Haben Euch gewisse Kommentare zur informativen und niveauvollen Zeitschrift "Gemeinde" so gekränkt?



Ist alles das ein Grund, Kritiker als "populistisch" (assoziativ mit der FPÖ) zu bezeichnen?

Oh, Ernstl, was ist aus Dir und Deinem "Bund" geworden?

Mag. Michael Schnarch

Leserbrief:

Sehr geehrte Redaktion!

Auf Seite 12 in der Mai Ausgabe des "NU" erwähnen Sie Ihren lobenswerten Vorsatz, keine beleidigende oder rufschädigende Leserbriefe veröffentlichen zu wollen.

Dieser gute Vorsatz sollte aber auch auf Kommentare ausgedehnt werden. Jedes Wort im Artikel von Gerhard Bronner "Im Lager der Anständigen" ist unter die Gürtellinie gezielt und wirklich nicht würdig einer Publikation, die Anspruch auf Seriosität erhebt.

Somit haben Sie eine Schmähchrift der übelsten Sorte in Zirkulation gebracht. Dieser Artikel ist wahrlich kein Ruhmesblatt für Gerhard Bronner, den ich im übrigen sehr schätze.

Ich stimme einer kritischen Auseinandersetzung voll zu, finde aber, dass ein Pamphlet mit so billigem, populistischem, beleidigendem Inhalt kontraproduktiv ist.

Robert Frey



Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:
Arbeitsgemeinschaft
jüdisches Forum
1011 Wien, Postfach 1479
Druck & Satz: Druckerei Schmitz
1200 Wien, Leystraße 43,
P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien